

Gastbeitrag

Die Polizei, deine Flüchtlingsberaterin

Wenn eine Mitte-rechts-Koalition Verstaatlichung beschließt, ist ihr Aufmerksamkeit sicher und Vorsicht ratsam.

27.10.2019 um 18:24
von **Bernd Marin**



a⁻ a⁺

Gastkommentare und Beiträge von externen Autoren müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

>>> Mehr aus der Rubrik „Gastkommentare“

Ausgerechnet am Tag vor der Ibiza-Enthüllung beschlossen Neue Volkspartei und FPÖ, die unabhängige Rechtsberatung und soziale Betreuung von Asylwerbern zu verstaatlichen. Wenn eine angeblich „bürgerliche“, konservativ-freiheitliche „Mitte-rechts-Koalition“ Verstaatlichung beschließt, ist ihr Aufmerksamkeit sicher - und Achtsamkeit ratsam. Kritiker der Zivilgesellschaft monierten „eine dramatische Beschneidung des Rechts auf ein faires Asylverfahren“, eine Bedrohung der Grundrechtecharta und „dreisten Autoritarismus“.

Ab 1. Jänner 2020 soll eine neue, dem Innenministerium (BMI) direkt unterstellte Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU) Flüchtlinge beraten. Derzeit wird für Kickls Projekt, zack, zack, noch schnell vor Sondierungen, Koalitionsverhandlungen und einer neuen Regierungsbildung ein Geschäftsführer gesucht. Dabei warnen Bundeskanzlerin Bierlein und Justizminister Jabloner stets allgemein und zu Recht vor voreiligen Festlegungen im Interregnum: Devise „gut verwalten, nicht gestalten“. Übergangsinnenminister Peschorn freilich sieht offenbar keinen Grund, eine Umsetzung dieser fragwürdigen letzten Entscheidung der Altkoalition auszusetzen, bis eine Neuauflage von Türkis-Blau wieder steht - oder aber andere Koalitionen diesen Beschluss kostspielig kippen werden.

Flüchtlingsberatung durch Polizisten statt unabhängige Experten mit einschlägiger Ausbildung oder mehrjähriger Berufserfahrung? Soll künftig jede fünfte derzeit beschäftigte Sozialarbeiterin nach einem Jahr gekündigt werden, was vermutlich erst der Anfang ist? Wo dürfen wir höchste Kompetenz und Fingerspitzengefühl für menschenwürdige und professionelle Flüchtlingsbetreuung erwarten? Welche Organisationen arbeiten am besten für das BMI - und erfolversprechender als die Polizei?

Keine Institution, einschließlich des populären HBP Van der Bellen, genießt in Österreich mehr Vertrauen als die Polizei. Das sagt auch etwas über uns Schützlinge und nicht nur unsere Polizei selbst aus. Doch so gut könnte sie ihre neue Sozialarbeit als Flüchtlingsbetreuerin gar nicht machen, als dass ihr guter Ruf als Freund und Helfer nicht darunter leiden müsste - zum Beispiel durch unschöne Szenen von Bewachen statt Betreuen, wenn sie künftig etwa das geplante Zutrittsverbot der Zivilgesellschaft in Betreuungseinrichtungen ihrer Schutzbefohlenen exekutieren muss.

Kickls Schnapsidee

Naturgemäß sind NGOs wie Caritas, Volkshilfe, Diakonie, SOS Mitmensch, Amnesty International gegen das neue Gesetz und die Verstaatlichung der Flüchtlingsbetreuung. Aber sie sind bei der Verteidigung selbstverwalteter Strukturen im Auftrag hoheitlicher Gewalt unvermeidlich dem Argwohn ausgesetzt, in eigener Sache zu sprechen. Umgekehrt wäre Rechtsberatung durch das Innenressort so, „als würde Nestlé den Konsumentenschutz übernehmen“, sagt Diakonie-Direktorin Moser. Gerade darum ist die breite Anteilnahme der „unbeteiligten“ Zivilgesellschaft ohne Eigeninteressen, aus allen Parteien und Verbänden, von Wissenschaft und Kultur zugunsten schutzsuchender Asylwerber und Asylwerberinnen entscheidend.

Daher der Appell an Bierlein, Jabloner und Peschorn, so klug wie bisher voreilige Festlegungen künftiger Regierungen möglichst zu vermeiden. Und an alle möglichen neuen Koalitionspartner, Kickls Gesetz gewordene Schnapsidee einer Flüchtlingsberatung in direkter Weisungsgewalt von Polizisten als Restmüll von vor Ibiza rasch zu entsorgen.

Prof. Dr. Bernd Marin, Europe's Futures Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen / IWM und Director European Bureau for Policy Consulting and Social Research, beide Wien.

E-Mails an: debatte@diepresse.com